

Resolution der Mitgliederversammlung der gewerkschaftlich orientierten Sozialistischen Linken. Landesgruppe NRW in der Partei DIE LINKE. NRW am 26.10.2008

Solidarität mit der IG Metall in der Tarifrunde 2008

Am 31.10.2008 endet die Friedenspflicht in der Metall- und Elektroindustrie. Wir erklären uns solidarisch mit dem Kampf der Beschäftigten für mehr Entgelt und unterstützen ihre Forderung nach 8 Prozent mehr Cash für zwölf Monate.

Es geht um mehr! Es geht um Umverteilung von Gewinnen zu den Löhnen und Gehältern. Finanzmarktkrise und drohender Abschwung sind kein Grund bescheiden zu sein. Die Unternehmer halten immer Aufträge zurück und zeigen umgekremelte Hosentaschen. Die Metallerinnen und Metaller lassen sich nichts vormachen!

Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber hat Recht, wenn er sagt: *"Dass die Steuergelder unserer Leute jetzt als Sicherheit für die Spekulationen größenwahnsinniger Banker herhalten sollen, finde ich - klar gesagt - zum Kotzen. Unsere Forderung ist wirtschaftlich verkraftbar und wohlbegründet. Die Unternehmen der hiesigen Metall- und Elektroindustrie haben auch 2008 die höchste Umsatzrendite seit 1970 erwirtschaftet. Unsere Leute in den Betrieben haben großteils für eine höhere Forderung plädiert. So gesehen ist acht Prozent sogar maßvoll."*

Mehr Flöhe für konjunkturelle Höhe! Die IG Metall ist weiterhin eine Tariflokomotive für die Gewerkschaften in Deutschland. Die Tarifrunde ist die Nagelprobe für kommende Arbeitskämpfe. Ihr Erfolg ist entscheidend für mehr Binnennachfrage und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Euer Kampf ist wichtig für uns alle! Wir stehen an eurer Seite!

Energie- und Lebensmittelpreise haben die letzte Tariferhöhung schon wieder aufgefressen. Seit 1992 hat es für die Beschäftigten in Deutschland keine Lohnerhöhung mehr gegeben, die Inflation und Produktivitätsfortschritte übertroffen hat. Die seit Jahrzehnten herrschende gewerkschaftsfeindliche Politik hat dies entscheidend befördert. Wir fordern die Einschränkung von Leiharbeit und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Erpressung der Beschäftigten vor drohendem Hartz IV muss weg. Wir fordern die Wiederherstellung von § 116 AFG bzw. § 146 SGB III (Kurzarbeitergeld bei kalter Aussperrung) und die Legalisierung des politischen Streiks.